



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Elke Ferner, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

PLH, Zi. 5737
11011 Berlin
Ansprechpartner/in:
Michael Matzke, Julia Lenfers
Irina Kroeske
Tel: (030) 227 – 70 660
Fax: (030) 227 – 76 660

Wahlkreis

Talstr. 58
66119 Saarbrücken
Ansprechpartnerin:
Sandra Blodau
Tel: (0681) 51060
Fax: (0681) 52207

Berlin, den 25. November 2004

Endaussprache 2./3. Lesung Bundeshaushalt 2005 - Redeentwurf -

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe:

Im Gesamthaushalt insgesamt 4,075 Milliarden Euro.

Volumen EP 16

769 Mio € für 2005

620 Mio € für 1998

trotz Umsetzung Koch-Steinbrück-Liste
trotz 1,5 % Kürzung Personalbereich
trotz Konsolidierungsmaßnahmen



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

auch das BMU wird sich an der globalen Minderausgabe beteiligen müssen.

Schwerpunkte im Umwelthaushalt

- Erneuerbare Energien mit knapp 263 Mio €
- Naturschutzgroßprojekte (auf Vorjahresniveau) 15 Mio €
- Umweltforschungstitel 58,1 Mio €
- Beratungshilfe für MOE-Staaten 2,24 Mio €
- Projektförderung Umwelt- und Naturschutzverbände (+6,9%) 4,36 Mio €
- Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben im Naturschutz 4,1 Mio €
- Pilotprojekte Inland und Ausland 13,581 Mio €

Mit diesen Maßnahmen und den umweltrelevanten Maßnahmen in den anderen Ministerien wird die Koalition ihrer Verantwortung im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes gerecht.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Energiepolitik

- Koalition setzt auf die Zukunft, nämlich **erneuerbare Energien**.
Mit 263 Mio. € macht der Bereich erneuerbare Energien 34% des gesamten Umwelthaushaltes aus.
- Opposition will Kürzungen von 12 Mio. € (CDU) bzw. 16,5 Mio. € (FDP).
- FDP will statt dessen zurück zur Atomwirtschaft -
Erhöhungsantrag für Endlagerbereich von 114,4 Mio. €
Damit wollen Sie sowohl das Endlager Gorleben und das Projekt Konrad fertig stellen!
- Trotz mit der Energiewirtschaft vereinbarten Moratorium
- Trotz laufender Gerichtsverfahren

Damit outet sich die FDP als Atompartei und zeigt, dass sie mit Ihrer Tradition als rechtstaatliche Partei auch zu brechen scheint.

Zu Ihrer Regierungszeit wurden die regenerativen Energien sträflich vernachlässigt und zu Ihrer Regierungszeit gab es auch keine CO₂-minderungsprogramme im Gebäudebereich.

Wir könnten beim Klimaschutz schon deutlich weiter sein, wenn Sie zu Ihrer Regierungszeit nicht so geschlafen hätten.

Mit dem Marktanreizprogramm und den Energieforschungstiteln setzen wir auf eine schnellere Verbreitung erneuerbarer Energien und auf die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien.

Damit tragen wir zum Klimaschutz bei und wir stärken kleine und mittlere Unternehmen.

Sie wollen stattdessen an diesen Zukunftsausgaben sparen und zurück zur Atomenergie.

Rot-Grün steht für Fortschritt - Sie von der Opposition stehen für Rückschritt.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir die richtigen Schwerpunkte in der Energiepolitik gesetzt.

Teilumzug UBA nach Dessau

Baulicher Fortschritt läuft im vorgesehenen Rahmen. Zusätzliche Stellen die wegen Mehrarbeit durch Umzugstätigkeit gebraucht werden konnten durch Umschichtungen im Haushalt finanziert werden. Die Beschäftigten, die aufgrund von Härtefallregelungen den Umzug nach Dessau nicht vollziehen, werden sukzessive in den anderen Bundesbehörden untergebracht – da sind wir auf einem guten Weg. Einige der Beschäftigten konnten auch in die neu eingerichtete Emissionshandelsstelle übernommen werden, die unter dem Dach des UBA ihren Standort in Berlin hat.

Einrichtung Emissionshandelsstelle

Bereits im Haushalt 2004 haben wir Emissionshandelsstelle eingebracht, damit sie zeitnah ihre Arbeit aufnehmen kann. Die Vorbereitungen sind abgeschlossen, die Emissionshandelsstelle ist arbeitsfähig.

Die hier anfallenden Kosten werden komplett durch die zu zertifizierenden Unternehmen über Gebühren refinanziert. Das jährliche Gebührenaufkommen liegt bei ca. 10,6 Mio. €. Die aktuellen Kosten der Emissionshandelsstelle, inklusive der Beschäftigten, werden über den Haushalt 2004 vorfinanziert. In 2005 werden diese zusätzlich zu den für dieses Jahr zu erhebenden Gebühren wieder hereingeholt.

Mit der DEHSt kommen wir unseren internationalen Verpflichtungen nach dem Kioto-Protokoll nach und leisten einen Beitrag zur Verringerung der CO²-Emissionen. Aufgrund unseres Drängens auf eine Einbindung in das UBA und eine schlanke Gestaltung dieser Institution, wird sie kostenneutral für den Bundeshaushalt arbeiten. Gute Haushaltspolitik und nachhaltige Umweltpolitik gehen bei uns Hand in Hand.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Anrede,

Ich möchte mich nun den Änderungsanträgen der Opposition zuwenden:

FDP:

Erneuerbare Energien - 16,5 Mio. €
Untersuchungen zu Fragen des Strahlenschutz - 2,81 Mio. €
Soviel zum Thema Gesundheitsschutz!

Internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz -1,55 Mio. €
Soviel zum Thema grenzüberschreitender Umweltschutz

Beiträge an internationale Organisationen -1,97 Mio. €
Soviel zum Thema Vertragstreue bei internationalen Organisationen

Projektförderung Umwelt- und Naturschutz -2,00 Mio. €
Soviel zum Thema projektbezogener Umwelt-
und Naturschutz

Im Bereich der flexibilisierten Titel über Einzelanträge -2,40 Mio. €

Hinzu kommen pauschal 12% aller Flex-Mittel -24,00 Mio. €

Um nur die größten Einzelkürzungen, neben Kürzungen bei der
Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentationen oder Informations- und
Kommunikationstechnik zu nennen

Zusammen waren es im Saldo: -44,725 Mio. €



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

CDU/CSU

Pilotprojekte Ausland	- 2,25 Mio. €
Erneuerbare Energien	-12,00 Mio. €
Veröffentlichungen und Dokumentationen	-3,085 Mio. €
Flex-Titel	-4,90 Mio. €
10% Flex-Mittel	-20,04 Mio. €

Neben kleineren Änderungen im Saldo eine Kürzung um 43,04 Mio. €

Jetzt möchte ich mal aufzeigen, wie seriös die Vorschläge sind:

Als Beispiel nehme ich die 10-prozentige Kürzung der Flex-Mittel, die die Union beantragt hat.

Kürzung Flexibilisierte Titel um 10%

EP 16

Flex-Mittel:	200.401.000 €	
10%	20.040.100 €	10%

wie teilen sich die Flex-Mittel auf?

Hauptgruppe 4 - Personalkosten	140.172.000 €	
• Davon BeamtInnen	53.439.000 €	38%
• Beihilfen, Trennungsgeld	5.000.000 €	
• Auszubildende	1.595.000 €	
• Restl. Theoretisch disponible Personalausgaben	79.138.000 €	
• 10% Personalkosten	14.017.200 €	17,7% disp. Kost.

Hauptgruppe 5 - sächl. Verw. kosten	43.188.000 €
• Davon Geschäftsbedarf	6.306.000 €

Hauptgruppe 7 Investitionen 9.141.000 € Investitionen

Hauptgruppe 8 EDV-Geräte 7.910.000 € Investitionen



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

disponibel: 122.326.000 € 61% des -Ansatzes

=> Kürzung bezogen auf disponible Mittel 16%

darunter:

Personalkosten für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter, Mieten,
Pachten, Betriebskosten für Gebäude und EDV-Anlagen
Dienstreisen, Fortbildung, Büro und Geschäftsbedarf usw.

Umlage Einsparvolumen auf disponible Personalkosten (ohne refinanzierte Stellen, Azubis + BeamtInnen)

20.401.000 € : 55.000 €/Stelle = 371 Stellen

- **371 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**, denen zum 1.1.2005
fristlos gekündigt werden müsste
- **fast alle Angestellten und Arbeiterinnen und Arbeiter im
BMU und im BfN**
 - BMU 248,8 Ang. + 38,0 Arb. = 286,8 Ang. + Arb.
 - BfN 91 Ang. + 25,8 Arb. = 116,8 Ang. + Arb.
 - Zusammen 403,6 Stellen
 -

Umlage von 10% der Gesamtpersonalkosten auf disponible Personalkosten (ohne refinanzierte Stellen, Azubis und BeamtInnen)

Geamtpersonalkosten	140.172.000 €	
10%	14.017.200 €	fast 20%

disponible Personalkosten 79.138.000 €

14.017.200 € : 55.000 €/Mitarbeiter = 255 Stellen

Das sind immerhin fast alle Angestellten und ArbeiterInnen im BMU



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Dann müssten immer noch über 6 Millionen Euro - das ist fast der gesamte Geschäftsbedarf in der Hauptgruppe 5 gestrichen werden.

Im Klartext heißt das, dass die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gesamten Geschäftsbedarf des BMU Bleistifte, Radiergummis, Schreibpapier selbst mitbringen müssten und auch noch das Porto und die Telefonkosten für dienstliche Anlässe selbst bezahlen.

Umlage der Kürzung Flex-Mittel auf Hauptgruppe 5

Wenn man jetzt mal die Tatsache berücksichtigt, dass sie auch Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern im öffentlichen Dienst nicht fristlos kündigen können, müssten Sie die 20 Millionen Euro nur in der Hauptgruppe 5 einsparen.

Das wäre eine Halbierung der Mittel.

Dann müssten nicht nur Fortbildungen und Dienstreisen eingestellt werden sondern es könnten bestehende Verpflichtungen für Mieten, Pachten und Betriebskosten für Dienstgebäude und EDV nicht mehr erfüllt werden. Der eben erwähnte Geschäftsbedarf müsste auch auf Null gestrichen werden.

Jetzt kommt noch eins hinzu:

Sie haben bei den Einzelplanberatungen ja schon im Bereich der flexibilisierten Mittel gekürzt.

Die CDU 4,9 Mio. €

Die FDP 2,4 Mio. €

Die haben Sie von der Gesamtsumme aber nicht abgezogen, sondern Sie haben ihre 10- bzw. 12-prozentige Kürzung von der Summe der Flex-Mittel berechnet, die im Regierungsentwurf stehen.

Wenn Sie an der Pisa-Studie teilgenommen hätten, meine Damen und Herren von der Koalition, hätten Sie den Schnitt noch mal gedrückt!

Diese Beispiele machen deutlich, wie substanzlos und unseriös Ihre sog. Einsparvorschläge sind.



Elke Ferner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der saarländischen Landesgruppe

Solche Vorschläge kann man nur machen, wenn man sie nicht selbst umsetzen muss.

Ihre Anträge zum Umwelthaushalt sind genauso unseriös wie Ihre Kürzungsanträge bei den Ausgaben für Arbeitslose, beim Zuschuss an die Krankenkassen oder auch die komplette Streichung der Steinkohlebeihilfen.

Anrede,

Trotz der schwierigen Haushaltslage tritt die nächste Stufe der Steuerreform zum 1.1 2005 in Kraft.

Trotz schwieriger Haushaltslage ist der Haushalt verfassungskonform.

Die Investitionen von 22,745 Milliarden € liegen über der Nettokreditaufnahme.

Hätten Sie im Bundesrat nicht ständig den Abbau von Steuersubventionen blockiert, könnte die NKA niedriger liegen.

Ich bin ja mal gespannt, ob die Blockadefront im Bundesrat bei der Eigenheimzulage noch länger hält.

Denn ihren Ministerpräsidenten geht mittlerweile die Luft aus und sie wissen, dass sie eigentlich keinen Euro auf der Einnahmeseite verschenken können.

Zum Schluss möchte ich noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BMU, insbesondere Herrn Eisenbarth und Herrn Püschel, für die Zuarbeit während der Haushaltsberatungen danken.